

Einfach trauen

Hidden Champion – Grafschafter Tüftler bauten Maschinen für Warren Buffett und Elon Musk. **SEITE 6**

Einfach losfahren

Die Wohnmobilbranche boomt – Wer auf vier Rädern reist, muss nicht auf Luxus verzichten. **SEITE 24**

Einfach aufblühen

Begrünte Dächer und Fassaden sehen schön aus – außerdem helfen sie dem Stadtklima. **SEITE 26**

Kurz gemeldet

Grundstücksmarkt RLP

Alle zwei Jahre geben der Obere Gutachterausschuss und die örtlichen Gutachterausschüsse einen Überblick über den Grundstücksmarkt in Rheinland-Pfalz. „Mit einer Wohneigentumsquote von 58 Prozent liegt das Land deutschlandweit an zweiter Stelle, vor Baden-Württemberg, hinter dem Saarland“, freute sich Ministerpräsident Roger Lewentz bei der Vorstellung des achten Landesgrundstücksmarktberichts. Die Anzahl der Transaktionen hält das hohe Niveau der Vorjahre. Die Geldumsätze stiegen 2019 um rund 12 Prozent auf 12,5 Milliarden Euro; 2020 sind sie auf mehr als 13 Milliarden Euro weiter angestiegen. Erstmals differenziert der Bericht zwischen sechs Marktsegmenten, die jeweils vergleichbare Marktverhältnisse aufweisen, also in etwa gleiche Bodenwerte, Mieten und Verkaufspreise. „Dadurch steigern wir die Qualität der Auswertungen noch weiter und können die gesetzlich vorgeschriebenen sowie zur Wertermittlung erforderlichen Daten viel differenzierter und marktnäher für die Immobilienfachleute, aber auch weitere Interessierte zur Verfügung stellen“, erklärte Dr. Gabriele Hückelheim, Vorsitzende des Oberen Gutachterausschusses. In den Marktsegmenten eins bis drei liegen die Grundstückspreise überwiegend zwischen 20 und 175 Euro pro Quadratmeter, im Minimum bei 15 Euro wie in Sevenig (Our) im Eifelkreis Bitburg-Prüm. In den Segmenten vier bis sechs liegen die Preise vorwiegend zwischen 175 und 700 Euro und im Maximum bei 1155 Euro pro Quadratmeter. Im nördlichen Rheinland-Pfalz befindet sich neben Koblenz (max. 1060 Euro/m²) auch Bad Neuenahr-Ahrweiler im höherpreisigen Segment, sagte Hückelheim und begründete dies mit der Attraktivität durch den Kurbetrieb sowie der Nähe zur A 61 und damit zum Köln-Bonner-Raum.

Um die positive Entwicklung zu fördern, setze das Land auf Programme wie Dorferneuerung, Städtebauförderung und auf das noch junge Stadtdörfer-Programm, betonte Lewentz. Kapitel eins und zwei des Berichts 2021 sind kostenlos verfügbar unter: www.gutachterausschuesse.rlp.de. (bam)



Dr. Gabriele Hückelheim, die Vorsitzende des Oberen Gutachterausschusses mit Geschäftsstelle in Koblenz, überreicht den Landesgrundstücksmarktbericht 2021 an Innenminister Roger Lewentz. Die Umsatzzahlen auf dem Immobilienmarkt seien selbst während der Corona-Pandemie ungebrochen, freute sich der Minister bei der Vorstellung des Berichts. Die historisch niedrigen Hypothekenzinsen begünstigten die Entwicklung. Auch für ländlich geprägte Regionen böten sich große Chancen.

Bildquelle: Mdl RLP

Wir haben es in der Hand



Foto: ink-drop/stock.adobe.com

Top-Thema Klimaschutz und Integration sind wesentliche Herausforderungen, die es in den nächsten Jahren zu bewältigen gilt. Zugleich sind sie auch Teil der Lösung für drängende Fragen. Die Wirtschaft ist als innovativer Akteur gefragt und bereits tätig.

Von Barbara Malik

Blühende oder ausgemergelte Landschaften? Gestaltungskraft oder Notstandsregelungen? Was in der Zukunft sein wird, hängt ab von heutigen Entscheidungen. Wer diese hinauszieht, verliert das Heft des Handelns, betont Ana-Christina Grohnert in ihrem marktfrischen Buch „Das verborgene Kapital. Wie wir Wertschöpfung neu erfinden“. Die Vorstandsvorsitzende der Arbeitgeberinitiative Charta der Vielfalt und ehemalige Personalvorständin der Allianz Deutschland verknüpft Themen wie Personalabbau, Klima und Ökologie mit der ökonomischen Perspektive von Unternehmen. Prof. Klaus Schwab, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Weltwirtschaftsforums Davos, und der Präsident des IFO-Instituts, Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, haben eine Leseempfehlung ausgesprochen.

Nie war die Zeit reifer für einen tiefgreifenden Wandel. Denn ein Mikroorganismus hat dem globalen Wirtschaftssystem seine Verletzlichkeit aufgezeigt. Auch ein Jahr nach dem ersten Corona-Lockdown ist die Welt nicht wieder zur normalen Betriebstemperatur zurückgekehrt. Sie darf es auch nicht, warnen Klimaexperten und prominente Unterstützer wie der US-Sondergesandte John

F. Kerry oder der „Terminator“ und Ex-Gouverneur Arnold Schwarzenegger. Die Menschheit hat nur noch zehn Jahre Zeit, um das vom Weltklimarat (IPCC) gesetzte 1,5-Grad-Ziel zu erreichen und die Klimakatastrophe abzuwenden. Wenn es weiterläuft wie bisher, werden Kippunkte überschritten und eine unaufhaltbare Negativspirale in Gang gesetzt. Die dann folgende Klimaänderung würde die Anpassungsmöglichkeiten der menschlichen Gesellschaft übersteigen. Auch das gesellschaftliche Klima steht auf dem Spiel.

„Unser Haus steht in Flammen“, schimpfte Greta Thunberg 2019 beim Weltwirtschaftsforum in Davos und beeindruckte globale Entscheidungsträger mit ihrer ersten Entschlossenheit. Der „Brand“ ist noch nicht gelöscht, aber die „Feuerwehr“ erhält immer stärkeren Zulauf. Fridays for Future, Science for Future, Doctors for Future, Omas for Future – Klimaschutz ist zu einer breiten Bewegung geworden. Auch in Politik, Wirtschaft und Finanzwelt steht der Klimaschutz dauerhaft auf der Agenda.

DNA von Familienunternehmen

Der Verband der Familienunternehmer stellt auf seiner Website das Positionspapier „European Green Deal“ bereit. Darin beleuchtet die verbandsinterne Kommission Energiepolitik unter

Vorsitz von Dr. Karl Tack – Geschäftsführer und ehemaliger Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Rhodius in Burgbrohl – die deutsche und europäische Klimapolitik. Tack schreibt in seiner Einleitung: „Klimaschutz und Nachhaltigkeit – das ist nichts Neues, sondern Teil der DNA von Familienunternehmen. Familienunternehmen denken in Generationen. Unser wichtigstes Anliegen ist es, unser Unternehmen und somit das oftmals über Generationen erarbeitete Vermögen in die Hände unserer Nachkommen zu legen. Das kann nur gelingen, wenn auch die Umwelt und die Gesellschaft intakt bleiben.“

Auch der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW) setzt auf seiner Website einen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit. Im Interview „Wer der Umwelt hilft, soll belohnt werden“, plädierte Bundesgeschäftsführer Markus Jerger bereits im vergangenen Juni dafür, das Wirtschaftssystem zu hinterfragen und zu justieren. „Wollen wir wirklich zu einer ‚Normalität‘ zurückkehren, die uns direkt in die Gefangenschaft einer Umwelt-, Wirtschafts-, Klima- und Sozialkrise führt? Wohl kaum, und deshalb sollten wir, sobald der Sturm vorbei ist, Vorschläge, die zur Wiederbelebung der Wirtschaft kommen, um neue nachhaltige, rationale und rasonable Umwelt-

schutz- und Gesundheitsstandards ergänzen. Die Politik muss hier mitwirken und Anreize, Fördergelder und Rahmenbedingungen schaffen, die die nachhaltige Umstellung von Produktion und Konsum erleichtern. Wer der Umwelt hilft, wird belohnt, wer der Umwelt schadet, richtigerweise bestraft“, so Jerger.

Ana-Christina Grohnert empfiehlt, die „Ökosystemleistungen“

beziehungsweise „Ökosystemdienstleistungen“ einzupreisen: „Was sind Rohstoffe, Energie und Nahrung wert? Was sind uns saubere Luft und sauberes Wasser wert? Was die CO₂-Umwandlung und die Klimaregulation? Was ist uns der Waldspaziergang wert, der uns Erholung verschafft und unsere Produktivität regeneriert?“

Fortsetzung auf Seite 2

ANZEIGE

FUHRMEISTER
EXCLUSIVE AUTOMOBILE

Robert-Bosch-Straße 7, 55129 Mainz-Hechtsheim
T: 06131 60375-0 • F: 06131 60375-59
willkommen@fuhrmeister.de

Aktuelle Angebote finden Sie unter www.fuhrmeister.de
und in unserer App: app.fuhrmeister.de

33 YEARS JAGUAR LAND ROVER



Im Mai 2017 hat das rheinland-pfälzische Justizministerium das Projekt „eJustice RLP“ auf den Weg gebracht. Das Ziel ist, Papierakten gänzlich aus den Gerichten des Landes verschwinden zu lassen. Ab 2022 ist die Nutzung eines digitalen Briefkastens für Anwälte Pflicht. In vielen Anwaltskanzleien befindet sich bereits jetzt keine einzige Papierakte mehr.

Foto: ArtemSam/stock.adobe.com

Von Hans-Rolf Goebel

Es ist ein gewaltiges Projekt, das vom Justizministerium im Mai 2017 mit „eJustice RLP“ auf den Weg gebracht wurde. Was mit der Einführung der elektronischen Kommunikation zwischen den Gerichten begann, hat zum Ziel, Papierakten gänzlich aus den Gerichten des Landes verschwinden zu lassen. Mit Blick auf die Digitalisierung der Justiz nimmt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich vordere Plätze ein. Es habe sich ausgezahlt, sehr

„Wir stellen unsere Justiz nicht mit einem Schlag von der Schreibmaschine auf den elektronischen Rechtsverkehr um.“

Philipp Fernis, Staatssekretär im Ministerium der Justiz RLP

früh und sehr konsequent auf den elektronischen Rechtsverkehr zu setzen, sagt Philipp Fernis, Staatssekretär im Justizministerium. Es sei dabei um mehr gegangen, als nur Papier durch Dateien zu ersetzen. Man habe in der Phase der Umstellung die Abläufe bei den Gerichten analysiert und auf den Prüfstand gestellt, um dann ein sinnvolles Abbilden der Prozesse auf digitalem Weg zu erreichen. Gleichzeitig habe man das Personal in der Justiz intensiv geschult und an die Digitalisierung herangeführt. Die inhaltliche Arbeit sei unverändert geblieben, aber die Art, wie man mit einer Akte arbeite, wandle sich.

Schon heute kann man elektronische Dokumente überall dort einreichen, wo ein Gericht zuständig ist. Das reicht von Einträgen im Handelsregister oder Grundbuch bis zu Familiensachen oder Strafprozessen. „Auf diesen etablierten Kommunikationsstrukturen bauen wir jetzt die digitale Weiterverarbeitung durch die Justiz auf. Vieles ist schon teil-

digitalisiert. Das ist ein permanenter Entwicklungsprozess“, sagt Fernis. „Wir stellen unsere Justiz nicht mit einem Schlag von der Schreibmaschine auf den elektronischen Rechtsverkehr um.“ Dabei komme Deutschland zugute, dass man im Vergleich zu vielen anderen Ländern ein sehr gutes Rechtswesen mit stabilen Strukturen und geordneten Verwaltungsabläufen habe.

Bedenken von Anwälten, die Digitalisierung der Justiz führe zu ungeahnten Fallstricken bei der Form- und Fristwahrung und im Zuge dessen zu erhöhten Haftungsrisiken, teilt der Staatssekretär nicht. Bei der Fristsetzung sei der Prozess für Anwälte sogar sicherer. Denn das System bestätige jeden Eingang einer Datei mit einer Rückmeldung an das neu eingeführte elektronische Postfach des Anwalts. Die Nutzung dieses digitalen Briefkastens ist für Anwälte ab 2022 Pflicht, aber schon jetzt haben viele Kanzleien ihre Organisation geändert und darauf umgestellt. „Der digitale Weg ist effizienter und zuverlässiger. Eine Datei zu verschicken, ist allemal besser, als einen Umschlag mit dem Schriftsatz in einen Briefkasten zu werfen oder ihn per Fax zuzusenden“, meint Fernis.

Er warnt davor, die Digitalisierung unnötig zu verkomplizieren, denn das führe am Ende zum Gegenteil dessen, was man eigentlich erreichen wollte, nämlich zu einem Fortschrittshemmnis. Das Prozedere der Entscheidungsfindung sei optimierbar. Auch wenn er ein großer Verfechter des Föderalismus und eines gesunden Wettbewerbs der Länder untereinander sei, hätte er sich vom Bund ein klareres Setzen von Standards gewünscht, die die Länder dann ausfüllen. So gebe es zum Teil langwierige Verhandlungsprozesse in einer komplizierten Konsensstruktur, in denen die gemeinsamen Standards

der Digitalisierung diskutiert und dann erst verabredet werden. „Das sollten wir verschlanken, denn es macht uns langsam“, so Fernis.

Um die Sicherheit der elektronischen Akten macht sich der Staatssekretär keine Sorgen. Sie seien beim Landesbetrieb Daten und Information in besten Händen. Zudem habe man ein Modellprojekt gestartet, inwieweit auch der Einsatz von KI und maschinellem Lernen in der Justiz hilfreich sein könne. Auch die Justiz habe steigende Datenmengen. Deshalb hat das Justizministerium Technologiehilfe bei der Dokumentenverwaltung oder der Sichtung von Bildbeständen fest im Blick.

Technologische Unterstützung gehört auch zum Alltag von Anwaltskanzleien. Im Koblenzer Büro von Tim Schwarzburg, Partner der Kanzlei Kunz Rechtsanwälte, findet sich keine einzige Papierakte mehr. Beim Stichwort „Legal Tech“, also der Verbindung von Legal Services und Technology, unterscheidet Schwarzburg zwi-

Neues Zeitalter für Justiz und Kanzleien

Recht Rheinland-Pfalz schafft Platz in den Gerichten. Die elektronische Akte ist auf dem Vormarsch. Aufbewahrungsräume für Aktenordner werden bald der Vergangenheit angehören. Für Anwälte wird das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) für die Kommunikation mit der Justiz ab 2022 Pflicht.

zu aufwendig und zu teuer, eine Legal-Tech-Anwendung selbst zu entwickeln, zum anderen sei die Skepsis bei Mandanten, ob eine solche technologische Hilfe tatsächlich einen Mehrwert für sie schafft, sehr groß. Auch die Haftungsfrage spiele eine wesentliche Rolle, denn der Mandant wolle vom Anwalt eine Zusicherung, dass die eingesetzte Legal-Tech-Anwendung tatsächlich fehlerfrei funktioniere. Diese Garantie könne man nicht geben.

Für internationale Großkanzleien stelle sich das anders dar: Bei sehr großvolumigen Deals tragen der Einsatz von KI und maschinellem Lernen durchaus zur Effizienzsteigerung und Zeiterparnis bei.

Was das erweiterte Verständnis von Legal Tech angeht, sieht

Schwarzburg seine Kanzlei deutlich vorn. „Wir sind in unseren Arbeitsabläufen hoch digitalisiert. Wir nutzen fast nur noch elektronische Akten. Wir gehen zu Gericht mit unserem iPad, arbeiten mit digitaler Spracherkennung und haben elektronische Vertragsarchive, auf die sowohl der Mandant als auch wir zugreifen.“

Es sei wichtig, so der Partner von Kunz Rechtsanwälte, auch diejenigen in der Kanzlei auf den Weg in die digitale Welt mitzunehmen, die eher skeptisch sind. „Hier findet ein reger Austausch zwischen älteren und jüngeren Anwälten statt. Nicht selten sagt dann der ältere zum jüngeren: ‚Ich gebe dir ein paar Tipps für deine Prozessführung, dafür zeigst du mir, wie die Technik funktioniert.‘“

„Nicht selten sagt der ältere zum jüngeren Anwalt: ‚Ich gebe dir ein paar Tipps für deine Prozessführung, dafür zeigst du mir, wie die Technik funktioniert.‘“

Tim Schwarzburg, Kanzlei Kunz Rechtsanwälte

schen einem engen und einem weiten Verständnis des Begriffs. Das enge Verständnis, das zum Beispiel den Einsatz von KI und Entscheidungsalgorithmen bei der Dokumentenprüfung oder Vertragserstellung vorsieht, finde in mittelständisch geprägten Kanzleien nicht statt. Zum einen sei es



Philipp Fernis, Staatssekretär im Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz

Foto: JMRLP



Tim Schwarzburg, Partner der Kanzlei Kunz Rechtsanwälte, Koblenz

Foto: Tim Schwarzburg

Die Vorteile der eAkte

- Ist immer aktuell, stets verfügbar und nie „im Umlauf“. Lästiges Suchen „verschwendener“ Akten entfällt.
- Gesamter Inhalt ist elektronisch in Sekunden durchsuchbar. Blättern zum Auffinden einer bestimmten Aktenstelle entfällt.
- Umfangreiche Verfahren können inhaltlich besser durchdrungen, strukturiert und mit individuellen Annotationen oder Hervorhebungen versehen werden.
- Mehrere Aktenfundstellen können nebeneinander betrachtet werden.
- Frühere Entscheidungen sind jederzeit aufrufbar und durchsuchbar.
- Alle Dokumente stehen mehreren Bearbeitern gleichzeitig zur Verfügung.
- Akteneinsicht kann grundsätzlich elektronisch gewährt werden, vorheriges Kopieren und Paginieren ist nicht mehr nötig. Das Kopieren von Zweitakten entfällt.
- Die eAkte kann parallel zur Akteneinsicht weiterbearbeitet werden und ist mithilfe mobiler Endgeräte transportabel. Das Befördern schwerer und unhandlicher Papierakten entfällt.
- Nur berechnete Personen können die eAkte lesen und/oder verändern.
- Die Digitalisierung schafft moderne, zeitgemäße Arbeitsplätze. Dies ist auch ein Beitrag im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs.

Quelle: JMRLP

Zahlen und Fakten

Nach rund einem Jahr Vorbereitungszeit wurde die eAkte in Rheinland-Pfalz am 1. Juni 2018 beim Landgericht Kaiserslautern in Zivilsachen **pilotiert**. Aufgrund der positiven Rückmeldungen aus der gerichtlichen Praxis hat das Justizministerium seitdem die eAkte bei insgesamt 16 Gerichten (bei den beiden Oberlandesgerichten, bei sieben der acht Landgerichte sowie bei den Amtsgerichten am Landgerichtsstandort) und in vier Verfahrensarten eingeführt (Zivilsachen, Familien- und Betreuungssachen sowie Immobilienvollstreckungssachen).

Neue Verfahren werden ab einem bestimmten Stichtag als eAkte geführt, bestehende Verfahren werden in Papier zu Ende gebracht. Bisher wurden rund **60 000 eAkte** angelegt und mehr als **30 000 Verfahren** rein elektronisch erledigt. Bei den 16 Gerichten arbeiten bereits rund 1000 Mitarbeiter digital. Die eAkte ist bei diesen Gerichten fester Bestandteil des Arbeitsalltags geworden. Mit diesem Fortschritt nimmt die Justiz Rheinland-Pfalz im Bereich eJustice und Digitalisierung eine führende Position ein.

Nach rund 500 000 elektronischen Eingängen im Jahr 2019 sind in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 rund 1,3 Millionen elektronische Dokumente eingegangen. Gleichzeitig wurden 1,8 Millionen elektronische Dokumente durch rheinland-pfälzische Gerichte versandt.

ANZEIGE

Design - Bau - Service

Gewerbeimmobilien mit System

GOLDBECK Südwest GmbH, Niederlassung Koblenz
Im Metternicher Feld 42, 56072 Koblenz
Tel. +49 261 921467-0, koblenz@goldbeck.de

building excellence
goldbeck.de

GOLDBECK